

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

18 (22.1.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Preis: Abgeholt 1.80 M., durch unsere Träger zugestellt 2.10 M., am Postamt 2.15 M. durch den Postboten zugestellt 2.30 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag. Ausgabe: Werktag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spaltige A'sone'seile oder deren Raum 50 S., Reklamen 1.50 M. - Lokalanzeigen billiger. - Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

lsruher...
Mitglieder!
Vorstand.
Unterricht
Lektionshaus
LZE
marx
bese
ruhe.
der
mit Feder
nisverein
rube. 1361

Entente, Rußland, Bolschewismus und der Orient.

Schütternde Angst vor dem bolschewistischen Vormarsch spricht aus der englischen Kapitalistenpresse; Englands verlässliche Interessen und Wafu seien bedroht. Aus Malta sind alle verfügbaren Kriegsschiffe nach dem Schwarzen Meer abgegangen, aus Toulon Soldatenschiffe. Inzwischen rückt die Bolschewistenarmee auch in Persien immer weiter vor, Rumaniens Raub ist in Gefahr, und die vielgeprüften Menschen da unten kommen von der Hölle ins Inferno.

Zwischen hat der rote Vormarsch die Entente zu ihrer Milde bewegen, die der Angst und dem Profitbedürfnis entspringt. Man hat auf englische Initiative beschlossen, die Botschaften in Rußland aufzuheben, die Handelsbeziehungen mit Rußland wieder aufzunehmen und den Austausch von Waren auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zwischen dem russischen Volk und den verbündeten und neutralen Ländern zu gestalten. Nach einem Plan des englischen Außenhandelsamtes wird die englische Regierung die englischen Kaufleute gegen die Gefahren des Handels mit Rußland versichern. Das englische Schatzamt hat für diesen Zweck 17 Millionen Pfund Sterling bereitgestellt. Möglicherweise wird die Genehmigung des Unterhauses für einen weiteren Kredit von 25 Millionen Pfund nachgesucht werden. Der Plan ermöglicht es England, seinen Verpflichtungen gegenüber dem russischen Volk in seiner Gesamtheit, abgetrennt von der bolschewistischen Minderheit, zu erfüllen und sei auch ein Mittel zum Wiederaufbau des englischen Handels.

Wenn bei alledem die Entente betont, ihre Politik gegen Sowjetrußland gleiche die gleiche, so ist das eine hohe Befreiungsbewertung, die aber die schmerzliche Niederlage des Weltkriege als Ausgangspunkt nicht ungedenkt macht.

Die Sowjetregierung (außerordentliche Kommission) erklärt öffentlich, auf Terror und Todesstrafe nimmere verzichten zu können.

Zentrumsparteitag und Erzberger.

W.D. Berlin, 21. Jan. Der Reichsparteitag des Zentrums hielt nach Schluß der öffentlichen Sitzung eine geheime Beratung ab. Ohne über die Beratung besondere Mitteilung zu machen, teilt die „Germania“ folgenden Inhalt des Parteitagestages mit:

In der geschlossenen Sitzung des Parteitagestages sind Anschließungen, welche die persönliche Ehre des Reichsfinanzministers Erzberger betreffen, nicht vorgebracht worden. Gewisse, durch Tatsachennachweise nicht erhärtete Anschuldigungen gegen Erzberger sind der Klärung durch das schwebende Gerichtsverfahren vorbehalten. Für den Parteitag lag kein Anlaß vor, dem Minister Erzberger aus Gründen, die in seiner Person liegen, das Vertrauen zu nehmen. Die Politik der Koalitionsregierung und damit auch diejenige des Finanzministers Erzberger hat die Fraktion gutgeheißen. Es wird festgestellt, daß die Stellungnahme des Parteitagestages zur Politik der Fraktion zum Schluß der Verhandlungen erfolgt. Die Erklärung hebt hervor, daß der Beschluß einstimmig gefaßt wurde.

Großdeutsche Kundgebungen in Westpreußen.

W.D. Danzig, 22. Jan. Die großdeutschen Kundgebungen in den westpreussischen Wahlkreisen fanden unter riefender Beteiligung der Bevölkerung statt. Besonders eindrucksvoll waren sie in den Kreisen Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Neuenburg. Alle Versammlungslokale waren überfüllt. Es sprachen Redner aller in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten politischen Parteien. An den Versammlungen in Marienburg wurde eine Entschließung angenommen mit folgendem übereinstimmendem Wortlaut: „Mehrere Tausend Männer und Frauen, die heute in der alten Ordensstadt versammelt sind, geloben nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages noch einmal feierlich, gleich ihren Vorfahren treu einmütiges Festhalten am Deutschtum. Das westpreussische Wahlkreisgebiet ist urdeutsch und durch deutsche Fleiß, Tätigkeit und Ordnungssinn zu einer glänzenden kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung gebracht worden. Dieses deutsche Land, an dem wir mit jeder Faser unseres Herzens hängen, wollen wir im deutschen Verband erhalten. Westpreußen ist eine Stätte deutscher Kulturarbeit. Die durch die Arbeit unserer Väter erworbenen Rechte können wir nicht lösen. Wir waren deutsch, sind deutsch und wollen deutsch bleiben.“ — Entschließungen gleichen Inhalts wurden auch an den übrigen Orten angenommen.

Die deutschen Delegierten zur Pariser Arbeiterkonferenz.

Den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz entsprechend, tritt am 25. Januar in Paris der Internationale Ausschuss für Arbeiterfragen zusammen. Deutschland das seinerzeit von Washington aus aufgeföhrt wurde, Delegierte für diese Pariser Tagung zu bestimmen, wird dort durch den M. d. N. und Generalsekretär der Frauen-Gemeinschaften, Karl Legien, vertreten sein, sowie durch den Geheimrat Dr. Lehmann vom Reichsarbeitsministerium als Regierungsvertreter.

Opposition in Bayern gegen die Spaltung im Zentrum.

München, 22. Jan. Privattelegramm. Die Ortsgruppe München der bayerischen Volkspartei hat in einer geschlossenen Mitgliederversammlung, in der hauptsächlich Arbeitervertreter zum Worte kamen, ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Mehrheit der Mitglieder der bayerischen Volkspartei aus dem Reichszentrum ausgetreten ist und sich damit der Einflußlosigkeit ausgesetzt hat. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die aufgelöste Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichszentrum bestimmt wieder aufgenommen werden wird. Den Abgeordneten der genannten Partei, die für die Reichsverfassung gestimmt haben, wird das Vertrauen ausgesprochen und gegen den Vorwurf des Landesverrates, den das Organ der christlichen Bauernvereine erhebt, protestiert.

Sitzungen des Obersten Rates.

W.D. Paris, 21. Jan. Nach der Agence Havas sprach der Oberste Rat in seiner Sitzung am gestrigen Vormittag verschiedene Fragen, darunter auch das russische Problem. Für den

Präsidenten Wilson wurden die Ergebnisse des vorausgegangenen Meinungsaustausches in diesen Fragen zusammengefaßt. Bezüglich der von Deutschland anzuliefernden Schulden wurde eine Herabsetzung der Räte nicht mehr vorgenommen. Die von Frankreich und Belgien eingereichten Listen wurden vollständig genehmigt. Der Oberste Rat wurde damit beauftragt, die Liste Deutschland baldmöglichst zu notifizieren. — Gestern abend nahm der Rat die Antwort der jugoslawischen Regierung zur Kenntnis, die so gut wie ablehnend ist. Lloyd George und Clemenceau haben die jugoslawischen Delegierten nochmals aufgefordert, die von Italien vorgeschlagene Lösung anzunehmen, worauf die Delegierten zusicherten, nochmals mit Belgrad in Verbindung zu treten. Sie hoffen, in vier Tagen eine weitere Antwort übermitteln zu können. — In seiner heutigen Vormittagsitzung wird sich der Oberste Rat mit der Frage beschäftigen, in welcher Form die künftige Konferenz abgehalten werden soll. Wahrscheinlich wird neben einer Vorkonferenz auch eine Konferenz der Regierungschefs für die Fragen der bisherigen Friedenskonferenz zuständig sein, die allerdings nur zeitweilig in London oder Paris zusammenzutreten wird.

Todesstrafe für Regierungsbeamte.

Amsterdam, 21. Jan. Die „Times“ melden aus Warschau: Der polnische Landtag bereitet den Entwurf für ein Gesetz vor, das die Todesstrafe für Regierungsbeamte einführt, die sich des Diebstahls von Regierungseigentum und der Annahme von Bestechungsgeldern schuldig gemacht haben.

Verhafteter Kommunistenführer.

W.D. Bremen, 22. Jan. Der Kommunistenführer Dr. Lewi, der gestern abend in einer von der kommunistischen Partei einberufenen Versammlung sprach, wurde heute verhaftet. Dr. Lewi machte beim Erscheinen der Beamten zunächst den Versuch zu entkommen, wurde aber auf dem Tische des Hofes gestellt und festgenommen. Wie verlautet, hängt die Verhaftung mit den letzten Demonstrationen in Berlin zusammen.

Verlegung der kommunistischen Zentralkleitung.

Wie die P. P. A. erfahren, soll die kommunistische Partei ihre Zentralkleitung von Berlin nach Chemnitz verlegt haben.

Die Besetzung von Danzig.

W.D. Danzig, 21. Jan. Bei den Danziger Weibchen sind bisher als demnachst eintreffende Besetzung für Danzig angegeben worden: 188 Offiziere, 4780 Mann. Außerdem 1200 Pferde. Die Truppen setzen sich im wesentlichen zusammen aus einem Artilleriebataillon und einem Divisionstrupp, zwei englischen Infanteriebataillonen und einem französischen Infanteriebataillon, einer Artilleriebrigade mit vier Batterien, einem Maschinengewehrbataillon, zwei Reiterkompanien und einer Sanitätskompanie, ferner zwei Feldlazaretten, zwei Proviantkolonnen, einer Fernsprechkompanie, einer Kraftwagenreparaturwerkstätte und einem Pferdebezugsamt.

Ungarn ohne Brotgetreide.

W.D. Rotterdam, 21. Jan. Dem Reuterschen Büro zufolge berichtet die britische Mission in Budapest, daß die Kornvorräte nur noch für eine Woche reichen werden und daß bei eintretendem Schneeeis eine Hungersnot ausbrechen würde.

Die erste Demission im Völkerverbund.

W.D. Washington, 21. Jan. Maimond Fossil, der Generalsekretär des Völkerverbundes hat demissioniert wegen der schwierigen Lage, in der er sich befindet. Diese wurde geschaffen durch die Unfähigkeit der Vereinigten Staaten anlässlich des Inkrafttretens des Völkerverbundes.

Serbien und die Abrifrage.

Paris, 21. Jan. (Havas). Die jugoslawische Friedensdelegation erhielt am 20. Januar, nachmittags 4 Uhr, die Antwort der Belgischer Regierung hinsichtlich des von Clemenceau, Lloyd George und Mitti ausgearbeiteten Planes zur Lösung der abriatischen Frage. In ihrer Antwort unterbreitet die Belgischer Regierung folgende Vorschläge: 1. Jugoslawien verzichtet darauf, die Herrschaft über Fiume zu fordern und willigt ein, daß diese Stadt unter die Oberhoheit des Völkerverbundes gestellt wird, dem auch die diplomatische Vertretung übertragen wird. 2. Die Jugoslawen willigen gleichfalls ein, daß die in Dalmatien gelegene Stadt Zara als unabhängige Stadt erklärt und unter denselben Bedingungen wie Fiume unter die Oberhoheit des Völkerverbundes gestellt wird. 3. Die Jugoslawen willigen in eine Annexion der Inseln Duffin und Delagoja durch Italien ein. 4. Der serbisch-kroatisch-slovenische Staat gesteht den Italienern Dalmatiens, die einige tausend Personen umfassen, das Recht zu, zu Italien zu optieren, ohne das Gebiet der Jugoslawen verlassen zu müssen. 5. Der serbisch-kroatisch-slovenische Staat gibt seine Zustimmung dazu, daß die von italienischen Staatsangehörigen hinsichtlich ihrer industriellen Unternehmungen in Dalmatien erworbenen Rechte durch ein internationales Übereinkommen garantiert werden. 6. Die Jugoslawen erklären sich einverstanden mit der Demilitarisierung der abriatischen Inseln, jedoch unter der Bedingung, daß Fiume, das ganz von Slaven bewohnt wird und wirtschaftlich mit Dalmatien verwachsen ist, beim serbisch-kroatisch-slovenischen Staat verbleibt. 7. Die Belgischer Regierung weist jede Änderung an der Wilsonschen Linie sowohl in der Richtung von Senofsch als auch von Volosca-Abbazia zurück. 8. Bezüglich Albanien wünscht die Belgischer Regierung, daß dessen Unabhängigkeit anerkannt wird. Wenn dies aber nicht der Fall wäre, würde sie sich den Vorschlägen der alliierten Regierungen anschließen. — Diese Kongressionen, so wird in der Antwort ausgeführt, die neben dem Aufgeben von 400 000 Jugoslawen, die nach der Wilsonschen Linie innerhalb der italienischen Grenzen zu wohnen kommen, gewährt werden, stellen von Seiten der Jugoslawen das Beste dar, was angeboten werden kann, um mit Italien zu einem freundschaftlichen Abkommen zu gelangen. Sie hoffen, daß diese Kongressionen in dem vorläufigen Verhalten der italienischen Regierung ein Gegenstück finden werden und ebenso in der Redlichkeit der Alliierten.

Wirtschaftliche Umwälzung.

W.D. Engler, Freiburg.

In den letzten Monaten hat sich unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Umstellung der wirtschaftlichen Forderungen vollzogen, deren Tragweite noch von wenigen erkannt wird. Als in den beiden letzten Kriegsjahren und nach Eintritt des Waffenstillstandes die Preise für alle Bedarfsgegenstände immer weiter in die Höhe gingen, erkörnten von allen Seiten die Rufe nach Abbau der Preise. Ueber die Art, wie abgebaut werden sollte, gingen die Meinungen allerdings sehr weit auseinander. Die einen wollten bei den Arbeitslöhnen anfangen, die anderen bei den landwirtschaftlichen Produkten. Schieber und Schleichhändler sollten gefängt werden. Höchstpreise für die Industrie wurden besonders von der Landwirtschaft gefordert. Aber trotz aller Verordnungen stiegen die Preise immer weiter. Immer größere Warenmengen wurden der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen und gingen Schleichhandelswege. Arbeiter und Beamte waren gezwungen, immer neue Lohnhöhungen zu fordern. Der Ruf nach Abbau ist bereits verflummt, weil immer mehr Leute einsehen, daß dies nicht möglich ist. Eine starke Preissteigerung wäre nur möglich, bei einem starken Steigen unserer Wäskuta. Wir müssen aber damit rechnen, daß der Wert der Mark in den nächsten Jahren nicht höher als höchstens 35 oder 40 Rappen steigen wird.

Wenn wir heute zurückblicken, so sehen wir, daß große Fehler gemacht wurden; aber es wäre ungerade, deswegen Vorwürfe zu erheben, denn wir alle haben nach Abbau gerufen und keine Regierung hätte eine andere Politik anwenden können. Es war ein Fehler, Milliarden für Lebensmittelpreissteigerung und einmalige Teuerungszulagen auszugeben, statt die laufenden Löhne und Gehälter zu erhöhen. Es war ein Fehler, einzelne landwirtschaftliche Produkte freizugeben und andere bei niedrigeren Preisen der Zwangswirtschaft zu unterwerfen.

Die Futtermittel sind frei. Dicksäben, Gelbsäben, Mais und Hafer kann der Bauer verkaufen wie er will. Wenn er von einem Hektar Land 250 Zentner Kartoffeln erntet, den Zentner zu 8 M. abgeben muß, so hat er einen Erlös von 2000 M. Wenn er Dicksäben pflanzt, so kann er mit einem Ertrag von 1500 Ztr. rechnen, den Zentner zu 4 M., macht 6000 M. Ein Landwirt der rechnet, wird eben lieber Dicksäben pflanzen, als Kartoffeln, zumal er mit Dicksäben auch weniger Kosten und Arbeit hat.

Wenn die Landwirte heute so laut nach freiem Handel rufen, so hauptsächlich wegen der Preisbildung. Sie wissen, daß dann die Preissteigerungen von selber kommen. Wenn unsere Ernährungspolitik nicht zusammenbrechen soll, dann müssen wir eine Preispolitik treiben, bei der das Anpflanzen von Nahrungsmitteln ebenso erträglich ist, wie das Anpflanzen von anderen Dingen.

Wir können die öffentliche Bewirtschaftung für die wichtigsten Lebensmittel nicht entbehren; die öffentliche Bewirtschaftung darf sich aber nur noch die Erfassung und Verteilung der Lebensmittel zum Ziel setzen und nicht eine künstliche Niederhaltung der Preise für einige wenige Produkte. Wird für Getreide, Kartoffeln, Milch und Fleisch ein den Verhältnissen angepaßter Preis bezahlt, so wird deren Erfassung und gerechte Verteilung möglich. Erfassung und Verteilung der wichtigsten Lebensmittel sind aber für die nächsten Jahre noch unbedingt notwendig.

Eine Freigabe der Lebensmittel für den Handel, würde auch die Lebensmittelversorgung der gemeingefährlichen Spekulation gewissenloser Händler ausliefern. In der behördlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel sind gewiß auch manche Schäden zutage getreten; diese Schäden sind aber verschwindend klein, gegenüber dem Unheil, welches der private Handel angerichtet hat. Der Handel hat während und nach dem Kriege in der schamlosesten Weise am Markt des Volkes geknien. Bei jeder Preissteigerung bereicherten sich die Händler an ihren Warenbeständen. Nur zwei drastische Beispiele: Alle Lederhändler und Gerber schrien nach Freigabe des Leders, sie brachten es sogar fertig, ihre Arbeiter und Angestellten vor ihren Wagen zu spannen. Als die Freigabe erfolgte, schnellten die Preise für alles, was an Häuten, Fellen, Leder und Schuhen auf Lager lag in die Höhe, mit einem Schlag waren Millionen gemacht. Seit einigen Monaten steigen die Holzpreise von Tag zu Tag und jeder Holzhändler, der Holz auf Lager hat, kann beim Frühling ausrechnen, um wieviel er über Nacht reicher geworden ist. Nach den gemachten Erfolgen muß man sich nur wundern, woher die Leute den Mut haben, noch für freien Handel einzutreten. Wenn wir trotzdem der Erkenntnis Ausdruck verleihen, daß die Preise weiter steigen werden und eine entsprechende Politik unterstützen, so tun wir das, weil wir einsehen, daß wir auch und nach an die Weltmarktpreise heran müssen. Schon höre ich im demokratischen und liberalen Lager Stimmen, welche sagen, „also haben wir doch recht, wir haben schon lange freie Preisgestaltung verlangt.“ Gewiß, im babilonischen Landtag hat Gotthein vor einigen Wochen ähnliches gesagt. Aber zu gleicher Zeit haben einige andere Demo-

kraten ihre Mandate niedergelegt, weil den Arbeitern und Beamten eine Lohnerhöhung bewilligt wurde. Wenn aber die Preise steigen, müssen auch Löhne und Gehälter steigen und da in der letzten Zeit die Preise gestiegen und weitere Preissteigerungen zu erwarten sind, so müssen in der nächsten Zeit ganz bedeutende Lohnerhöhungen eintreten. Wir müssen an die Weltmarktpreise heran, ob wir wollen oder nicht. Dazu gibt es zwei Wege, entweder Senkung der Valuta oder Steigen der Inlandspreise, auf deutsch gesagt entweder muß die deutsche Mark im Auslande auf den Wert sinken, den sie im Inlande hat, oder sie muß im Inlande auf den Wert sinken, den sie im Auslande hat. Steigen der Preise bedeutet Entwertung des Geldes. Der Wert einer Mark bemisst sich nach der Warenmenge, die ich mir dafür kaufen kann. In Deutschland kann ich mir selbst im Schleichhandel noch für 20 Mk. ein Pfund Butter kaufen. Will ich mir in der Schweiz ein Pfund Butter erwerben, so muß ich mindestens 50 Mk. anlegen. Deshalb schmunzeln gewisse und gewissenlose Schieber Butter nach der Schweiz. Es ist zu befürchten, daß wenn einmal die Grenze nach dem Eslok geöffnet wird, das Hin- und Herhangeln in noch höherer Maße getrieben wird. Auch dieser Punkt drängt auf den Preisausgleich.

Am meisten aber werden wir durch die Friedensbedingungen zu dem Preisausgleich gezwungen. In Erfüllung des Friedensvertrags müssen wir den Franzosen große Mengen Kohlen, Eisen, Baumaterialien usw. liefern. Diese Produkte werden auf die Kriegsentwicklungspreise angerechnet. Das heißt, sie verlangen die Waren zum Inlandspreis. Das heißt, sie verlangen die Kohlen pro Doppelzentner ab Grube für etwa 15 Mk. Sie könnten die Kohlen dann in der Schweiz für 20 Fr. verkaufen. Rechnet man für Fracht 5 Fr., bleiben noch 15 Fr. Für 15 Fr. kann man sich nach dem heutigen Geldkurs in der Schweiz 150 Mk. kaufen und dafür dann 10 Zentner Kohlen. Das Beispiel mag etwas kraß sein, es zeigt aber deutlich, welche unannehme Verschwendung von Nationalvermögen durch den Unterschied der In- und Auslandspreise vor sich geht. Wir würden auf diese Art an unsere Kohlenlieferungen allein jährlich mindestens 15 Milliarden verschleudern. Nun darf allerdings der Ausverkauf nicht nur dadurch gesucht werden, daß wir die Inlandspreise erhöhen, wir müssen vielmehr mit aller Kraft einen besseren Geldkurs anstreben.

Politische Uebersicht.

Vom deutschen Verkehrsleiden.

Berlin, 21. Jan. Die großen Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr liegen in erster Linie an dem Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven. Ihre Zahl betrug bis zum Herbst 1917 13 000, ist aber dann allmählich ständig zurückgegangen. Zur Zeit sind nur noch 12 000 betriebsfähige Lokomotiven vorhanden. Die Verschlechterung ist aber tatsächlich noch viel härter, als in diesen beiden Zahlen zum Ausdruck kommt, denn seit April 1917 wurden 1161 neue Lokomotiven in den Dienst gestellt. Außerdem wurden 509 schadhafte Lokomotiven in Privatwerkstätten ausgebessert und dem Betriebsdienst zugeführt. Die starke Verminderung der Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven ist lediglich auf den bedauerlichen Rückgang der Arbeitsleistung in den Werkstätten der Eisenbahnverwaltung zurückzuführen. Statt der erhofften Besserung sind die Leistungen immer mehr zurückgegangen, obwohl gerade in den letzten Monaten die Privatindustrie durch Lieferung zahlreicher Ersatzteile und von Ersatzbauteilen die Arbeit der Eisenbahnwerkstätten wirksam unterstützte, 1917 brachten die Werkstätten bis zum Oktober wöchentlich etwa 750 ausgebesserte Lokomotiven wieder in Betrieb. Diese Zahl ist jetzt auf 540, also um ein Drittel, gesunken. Wenn es nicht gelingt, die Arbeitsleistung in den Eisenbahnwerkstätten in kürzester Zeit ganz besonders zu erhöhen, wird die Aufrechterhaltung des Betriebes auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Außerordentlichung der Silbermünzen.

Berlin, 20. Jan. Infolge der ganz außerordentlichen Steigerung der Silberpreise ist der Metallwert der Silbermünzen weit über den Nennwert gestiegen. Infolgedessen sind diese Münzen völlig aus dem Verkehr verschwunden, so daß sie tatsächlich als Zahlungsmittel keine Verwendung mehr finden. Mit Rücksicht hierauf besteht die Absicht, sämtliche Reichsilbermünzen in absehbarer Zeit außer Kurs zu setzen. Um diese außer Kurs zu setzenden Münzen dem deutschen Wirtschaftsleben nutzbar zu machen, laufen auf Anordnung des

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup.

„Ich weiß, daß Sie ebenso gut sehen wie ich,“ lautete Christensen bestimmte Antwort.
Diese Worte wirkten auf den Spielmann übermächtig. Er fühlte sich einen Augenblick wie gelähmt, aber dann erwarcte sein Horn.
Mit einem Gefühl bittersten Hasses gegen diesen Menschen, der ihn entlarven und unglücklich machen wollte, schrie er vorwärts. Schon hob er die geballte rechte Faust, um ihn zu Boden zu schlagen und seinen Mund für immer zu schließen — aber Christensen gab ihm durch einen Wink zu verstehen, daß er sich setzen solle; und der Spielmann fiel aus der Rolle und gehorchte ihm.
„Wer wird am Weihnachtsabend lügen,“ sagte Christensen streng. „Lassen Sie sich von mir zur Wahrheit helfen.“
„Ich lüge nie,“ erwiderte Peterien fest. „Oder können Sie mir vielleicht sagen, wann ich es getan habe?“
Er stotterte vor Eifer und Beschämung, hielt aber immer noch an seiner heuchlerischen Unwissenheit fest.
„So wollen wir sagen, Ihre Brille liegt,“ entgegnete Christensen vermittelnd. „Ihre Brille erzählt den Leuten. Sie seien blind, und das ist schlimm genug. Aber es wird noch schlimmer, wenn Sie es selbst sagen.“
Peterien krümmte sich in Unentschlossenheit. Er war ein braver, einfältiger Mensch und hatte diesen Augenblick immer gefürchtet. Natürlich lag ein gewisser Betrug darin, wenn er sich für blind ausgab; aber er hielt es für eine hinreichende Entschuldigung, daß er anderen dadurch nicht schädete, sich selbst aber nicht.
„Wollen Sie mein Reagenzglas sehen?“ fragte er. „Ich habe eine ärztliche Bestätigung. Der Professor hat selbst gesagt, daß der Nerv ausgebrannt sei — es ist ein kleiner, feiner Nerven wie bei einer Glühlampe, müssen Sie wissen.“
In seiner Verzweiflung plapperte er immerzu und erklärte, wie das starke Licht den Nerv getötet, das Auge selbst aber verdonkelt habe. Christensen hörte ihn mit ruhender Geduld an.

Reichsbank-Direktoriums die Reichsbankhaupthaus und die sämtlichen Zweiganstalten der Reichsbank die Silbermünzen schon jetzt zu einem dem Marktwerte des Inlandes entsprechenden Preise an, und zwar bezahlen sie fürs
Einmarkstück 6,50 M.
Zweimarkstück 13,00 -
Dreimarkstück 19,50 -
Ein halbes Markstück oder altes 50 S. Stück . . . 3,25 -
Silberne Zwanzigpfennigstück 1,50 -
Für einen alten Taler werden auf Grund seines höheren Fein- gehaltes 21,50 M. gezahlt. Voraussetzung für die vorstehenden Preise ist, daß die Münzen Passiergewicht haben. Bei leichteren Münzen wird ein entsprechender Abzug gemacht.

Badische Politik.

Die badische Regierung gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Der Arbeiterausschuß der Stadt Mannheim richtete an den Minister des Innern ein Schreiben des Inhalts, daß die Arbeiter mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft unter keinen Umständen einverstanden sind. Sie befürchten, daß ihre Ernährung durch die Aufhebung stark beeinträchtigt werden würde und daraus schlimme Folgen entstehen könnten. Unter Umständen wäre mit dem Generalstreik in ganz Baden zu rechnen. Das Ministerium des Innern antwortete darauf, daß ansehts der Schwierigkeiten unter Ernährungsfrage, auch nach Ansicht der Reichs- und der badischen Landesregierung die Zwangswirtschaft für die wichtigsten Lebensmittel (dazu gehören Brotgetreide, Fleisch, Fett, Milch und Kartoffeln), bis auf weiteres aufrecht erhalten bleiben müßten. Von einer Aufhebung der entsprechenden Verordnungen könne zurzeit unter keinen Umständen die Rede sein.

Verschlechterung der Kohlenversorgung. In einer amtlichen Pressemitteilung der „Karlsruher Zeitung“ wird mitgeteilt, daß sich die Kohlenversorgung Süddeutschlands in den letzten Tagen noch mehr verschlechtert hat infolge Hochwassers und Streiks. Es müßte daher damit gerechnet werden, daß die jetzige besondere Kohlenalamität noch mindestens 14 Tage anhält. Die badische Regierung habe alle Schritte getan, um eine baldige Besserung der gegenwärtigen Kohlennot herbeizuführen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte Mittwochnachmittag eine Fraktionsstunde, die zu einer Reihe politischer und wirtschaftlicher Fragen Stellung nahm, wobei auch die Vertreter für die badische Schulkonferenz — Landtagsabg. Genosse Maier-Heibelberg und Dr. Kraus, sowie Abg. Frau Fischer für die sozialdemokratischen Frauen — bestimmt wurden. An der Sitzung hat sich auch der Fraktionsvorsitzende neu konstituiert und zwar wie folgt: Vorstand: Maier, Emil Maier und Marklof; Schriftführer: Richter und Kahn; Kassier: Rauch; Beisitzer: Frau Blase.

Die Zusammensetzung des Badischen Landtags. Nach dem neuesten Verzeichnis der Abgeordneten des Badischen Landtages sind seit den Wahlen am 5. Januar 1917 bei der Befragung der 107 Mandate zwölf Veränderungen vorgekommen. Am meisten betroffen wurde davon die demokratische Partei mit sechs Mandaten, an anderer Stelle steht die sozialdemokratische Partei mit fünf Mandaten. Im Zentrum und in der deutschnationalen Volkspartei fand keine Mandatsübertragung statt, dagegen verlor bei den Stimmenprüfungen das Zentrum gegenüber der deutschnationalen ein Mandat. Die Volkspartei bestreitet jetzt: Zentrum 39 (neun 40 nach den Kohlen), Sozialdemokraten 38 (36), Deutsche Demokratische Partei 25 (25), Deutschnationale Volkspartei 7 (6).

Ein Mäurerlager auf dem Heuberg. Unser Freiburger Parteiblatt meldet, daß die im Durchgangslager Heuberg untergebrachten Volkstümmer ein ziemlich freies Leben führen. Sie hatten gleich etwa 40 „Damen“ zu ihrer Unterhaltung mitgebracht. Fünf Mann der Kruppen machten kürzlich einen Absteher nach Tuttlingen und stahlen aus einem Gasthof Wäsche, Vorhänge usw. im Werte von etwa 10 000 M. Die Täter konnten nicht festgenommen werden, weil laut „Eutiq.“ Tagbl. die Volkstümmer das Lager Heuberg beherrschten. Einige von ihnen haben auch letzter Tage das Postauto zwischen Trierarten und Stellen ausgeraubt.

Neue Zustände, die allerdings die „Elite der deutschen Nation“ nicht hindern wird, die Volkstümmer nach wie vor als Deutschlands Bier zu preisen.

„Ihr Augenmerk war gelähmt,“ sagte er schließlich, „das kommt öfters bei Explosionen vor, die von beständigen Lichtentwicklungen begleitet sind. Sie waren geblendet, aber nicht erblindet. Später ist dann das Augenlicht langsam zurückgekehrt, und das ärgert Sie jetzt, weil Sie meinen, es sei leichter, in den Höfen zu spielen, als in einer Werkstatt zu arbeiten. Ich gebe Ihnen recht, die Arbeit war kaum ein Segen für Sie. — Sie haben Ihr ärztliches Zeugnis und die Erlaubnis zu spielen. Bis jetzt ist alles in höchster Ordnung gewesen, und darum trifft es sich nun recht unangenehm, daß das Zeugnis des Arztes vom lieben Gott, der Ihnen das Augenlicht zurückgegeben hat, ungültig gemacht worden ist.“

Christensen sprach sehr ruhig und mit jener überzeugenden Würde, die er mitunter annehmen konnte. Es war gar nicht daran zu denken, ihm zu widersprechen.
„Haben Sie wirklich das Herz, mich unglücklich zu machen?“ sagte Peterien flehend, und in dem Tonfall lag sein angstvolles Gebärden.
„Haben Sie das Herz, andere unglücklich zu machen?“ fragte Christensen streng.
„Ja?“ rief Peterien erschrocken. „Ich tue niemand etwas.“

„Sie haben kein Recht, sich damit zufrieden zu geben,“ erwiderte Christensen unerbittlich. „Sie wissen, wer Larsens Geld gestohlen hat, und es ist Ihre Pflicht, das zu sagen. Ich weiß, Sie sind dem Mann auf der Treppe begegnet, haben ihn gesehen und können bezeugen, daß es Andersen nicht war.“
„Nein — nein,“ flüchelte der Spielmann, „daß ich das bezeugen soll, können Sie nicht verlangen.“
„Natürlich verlangen ich es,“ sagte Christensen. „Sie dürfen keinen unglücklichen Menschen am Weihnachtsabend im Arrest sitzen lassen. Sagen Sie sich denn gar nicht?“
„Barmherziger, Christensen,“ entgegnete Peterien, dem Weinen nahe, „warum soll ich mich denn da hineinmischen? Ich habe noch nie mit jemand Handel gehabt.“
„Das hilft alles nichts,“ erklärte der Philosoph. „Sie müssen Ihre Pflicht tun und auslegen, was wahr ist: daß es Blomberg war, der aus Larsens Küche kam.“

„Dann bin ich verloren!“ Auf der Spielmann verzweifelnd, riß die Brille herunter und warf sie auf den Tisch. „Ich habe niemals einen Menschen mit etwas anderem betrogen, als mit diesem — was kann das schaden?“
Christensen leate ihm die Hand auf die Schulter.
„Verhüten Sie sich doch, Wederjen, und nehmen Sie Vernunft an. Es will Ihnen keiner etwas Böses tun, aber Sie sind es Anderen schuldig, ihn zu retten. Wir werden schon alles so einrichten, daß Ihnen keine Ungelegenheiten daraus entstehen. Niemand außer mir und Larsen braucht zu erfahren, daß Sie gesehen haben; das heißt, Blomberg muß es natürlich auch wissen, aber der wird wohl schweigen.“
„Also muß ich nicht auf die Polizei?“
„Nein.“
„Und ich behalte meine Erlaubnis zum Spielen?“
„Weder Lars Larsen noch ich können sie Ihnen nehmen. — Und selbst wenn ich es könnte, wollte ichs nicht, denn ich finde, Sie verdienen Ihr Geld lauer genug.“
„Gott sei Dank!“ sagte Wederjen erleichtert. „Sie müssen wissen, ich würde sehr ungern wieder arbeiten. Es ist freilich kein Vergnügen, in den Höfen zu spielen, aber arbeiten ist doch noch schlimmer.“
„Sie haben recht,“ stimmte Christensen bei. „Dem, der als Faulpelz geboren ist, fällt das Arbeiten schwer.“
Wederjen setzte seine Brille wieder auf und wurde ruhiger; ja, er veruchte sogar, etwas von dem verlorenen Ansehen zurückzugewinnen.
„Was ganz ist mein Augenlicht doch nicht,“ sagte er. „Man weiß nie, wann es wieder verschwindet.“
„Sie brauchen sich durchaus nicht zu verteidigen,“ entgegnete Christensen, „es ist menschlich, sich um den Ernst des Lebens zu brüden. Laufend andere tun es auch; warum sollten Sie besser sein? Ihr macht es wie die Schulkinder, die stolz darüber sind, wenn sie den Lehrer hinter die Führen können, weil sie nicht begreifen, daß sie sich selbst damit betrügen. Die bitteren Stunden des Lebens bilden unsern Charakter, machen uns zu Menschen. Ihr, die ihr nur im Sonnenschein fläktern wollt, kommt nie über die Zoologie hinaus.“

Prozeß Erzberger-Hefferich.

(Fortsetzung der Dienstagsverhandlung.)

Hefferich (in seiner Verteidigung fortsetzend): Ich bemitleide mich, einen Einblick in die Motive zu geben, die mich bei meinem Vorgehen gegen Herrn Erzberger bestimmt haben. Nicht ich machte den Skandal, der Skandal ist ja längst da. Ich noch nicht gesehen hat, hat ihn längst gesehen. Ich habe dazu kommen, so trifft die Schuld daran Herrn Erzberger und seine Freunde, die sechs Monate lang den Prozeß verteidigt haben, offenbar weil Herr Erzberger ihr Stolz ist.
Die Rede Dr. Hefferichs wurde mehrmals vom Vorsitzenden unterbrochen, der ihn von zu weit führenden politischen Ausführungen ablenken wollte und auch einige seiner scharfen Ausdrücke rügte. Auf die Frage, ob diese Ausdrücke auch in dem Protokoll abdrucken gemächt seien, um die Stellung des Staatsanwaltes zu erörtern, antwortete Hefferich: Ja!
Der Oberstaatsanwalt betonte hierauf, daß versucht werden müsse, die einzelnen politischen Fragen aus der Vernehmung herauszulassen, denn diese gehörten vor das Forum der Geschichtswissenschaft; das Gericht habe sich hauptsächlich mit den Tatsachen zu beschäftigen, in denen Erzberger als Mensch angegriffen werde, und diese gingen allerdings sehr weit.

Erzbergers Rede.

Als Herr Erzberger das Wort erhielt, betonte er zunächst, daß er gewiß in seiner langen politischen Tätigkeit mandantentlicher gemacht habe, das sei allgemein Menschenlos. Er habe aber immer nur darnach gestrebt, dem deutschen Volke zu dienen. Dabei sei er schon im Jahre 1905 mit Hefferich zusammengefallen, als er während des überseeischen Aufstaus des den Tippelstich-Standard mitenthielt habe. Hefferich war damals im Kolonialamt. Weiter erklärte Erzberger: Als er, besonders auf Wunsch des Reichsmarineamts, 1914 die Propaganda im Auslande organisieren sollte, habe er sich mit dem damaligen Direktor der Deutschen Bank in Verbindung gesetzt, um die Finanzierung dieser Propaganda zu sichern. Sein Vortreten bei der Propaganda sei vor allem gewesen, unter den Katholiken in den neutralen Ländern eine für Deutschland günstige Stimmung herbeizuführen und darin habe er auch glücklich Erfolg gehabt. Das Schlimme sei nur gewesen, er habe seine Propaganda überal verbreitet, daß in Deutschland selbst zwischen der Reichsleitung und der Obersten Seeresleitung während jener Kämpfe ausgetauscht worden seien. Seine Beziehungen zu Wien und zu dem österreichischen Kaiserhaus betreibe er gar nicht; er habe aber auch sie nach Möglichkeit nur zum deutschen Vorteil auszunutzen gesucht. Der Vorwurf, durch Indiskretion über die Friedensaktion des Grafen Gernini im Jahre 1917 der Regierung in den Rücken gefallen zu sein, weise er scharf zurück. Er habe jenen Bericht durch den Reichstagsler selbst erhalten und nur ganz vertraulich den Zentrumsführern mitgeteilt. Er protestiere auch energisch gegen die Unterstellung, daß er die deutschen Interessen bei den Waffenstillstandsverhandlungen preisgegeben und die Handlung ausgeleierte habe. Einbürgerung selbst habe ihm eine Dopejale nachgeschmeckt, in der es u. a. heißt: „Mitte abschließen, selbst wenn keine Milderungen erreicht werden sollten.“ Es ist ebenso falsch, von einer Auslieferung der Handlung zu sprechen. Ich habe sie nur der Entente zur Verfügung gestellt und zwar für Lebensmitteltransporte. Wäre dies nicht geschehen, so hätten wir 1918 keine Lebensmittel mehr gehabt. Für alles fand ich die volle Zustimmung des Kabinetts. Ich rechne es mir als hohes Verdienst an, einen neuen Krieg oder die Fortsetzung des Krieges verhindert zu haben. Was für mich entscheidend war, war die damalige Konferenz der Minister aller Staaten. Dort äußerten sich die Süddeutschen: Wenn wir nicht unterliegen, sind wir eine Regierung geworden. Dann werden neue Regierungen in unseren Ländern gebildet werden und diese einen Sonderfrieden abschließen. Die Einheit Deutschlands mußte aber unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Zu einem Abfall der Rheinlande wäre es auf jeden Fall gekommen. Deshalb war gar nicht zu überlegen, wo der größere Vorteil lag.

Später wendet sich Erzberger zu dem Punkt der Verbindung von Politik und Geld. Er erinnerte an Passermann und Stresemann, die ebenfalls im Wirtschaftswesen tätig waren, und erklärte, daß er Dube und von Bülowen nennen könne. Es solle aber offenbar mit ihm ein Ausnahmeverhältnis geschaffen werden. Er werde später noch näher beantworten, warum er die Stellung im Aufsichtsrat von Thyssen angenommen bezw. beibehalten habe.

Der Präsident erklärte, daß man darauf noch eingehend zurückkommen werde.
Weiter sei es, sagte Erzberger, ganz unrichtig, daß er jetzt ein beträchtliches Vermögen habe. Allerdings sei er auch gar nicht ohne Vermögen nach Berlin gekommen, da seine Frau Vermögen habe. Er führe auch ein bescheidenes Leben, sicher ein bescheidenes als Herr Hefferich. Dieser sei offenbar auf allen möglichen Klatsch hereingefallen.

„Dann bin ich verloren!“ Auf der Spielmann verzweifelnd, riß die Brille herunter und warf sie auf den Tisch. „Ich habe niemals einen Menschen mit etwas anderem betrogen, als mit diesem — was kann das schaden?“

Christensen leate ihm die Hand auf die Schulter.
„Verhüten Sie sich doch, Wederjen, und nehmen Sie Vernunft an. Es will Ihnen keiner etwas Böses tun, aber Sie sind es Anderen schuldig, ihn zu retten. Wir werden schon alles so einrichten, daß Ihnen keine Ungelegenheiten daraus entstehen. Niemand außer mir und Larsen braucht zu erfahren, daß Sie gesehen haben; das heißt, Blomberg muß es natürlich auch wissen, aber der wird wohl schweigen.“

„Also muß ich nicht auf die Polizei?“
„Nein.“
„Und ich behalte meine Erlaubnis zum Spielen?“
„Weder Lars Larsen noch ich können sie Ihnen nehmen. — Und selbst wenn ich es könnte, wollte ichs nicht, denn ich finde, Sie verdienen Ihr Geld lauer genug.“

„Gott sei Dank!“ sagte Wederjen erleichtert. „Sie müssen wissen, ich würde sehr ungern wieder arbeiten. Es ist freilich kein Vergnügen, in den Höfen zu spielen, aber arbeiten ist doch noch schlimmer.“

„Sie haben recht,“ stimmte Christensen bei. „Dem, der als Faulpelz geboren ist, fällt das Arbeiten schwer.“
Wederjen setzte seine Brille wieder auf und wurde ruhiger; ja, er veruchte sogar, etwas von dem verlorenen Ansehen zurückzugewinnen.
„Was ganz ist mein Augenlicht doch nicht,“ sagte er. „Man weiß nie, wann es wieder verschwindet.“

„Sie brauchen sich durchaus nicht zu verteidigen,“ entgegnete Christensen, „es ist menschlich, sich um den Ernst des Lebens zu brüden. Laufend andere tun es auch; warum sollten Sie besser sein? Ihr macht es wie die Schulkinder, die stolz darüber sind, wenn sie den Lehrer hinter die Führen können, weil sie nicht begreifen, daß sie sich selbst damit betrügen. Die bitteren Stunden des Lebens bilden unsern Charakter, machen uns zu Menschen. Ihr, die ihr nur im Sonnenschein fläktern wollt, kommt nie über die Zoologie hinaus.“

(Fortsetzung folgt.)

Später wird ich bemitleide mich, einen Einblick in die Motive zu geben, die mich bei meinem Vorgehen gegen Herrn Erzberger bestimmt haben. Nicht ich machte den Skandal, der Skandal ist ja längst da. Ich noch nicht gesehen hat, hat ihn längst gesehen. Ich habe dazu kommen, so trifft die Schuld daran Herrn Erzberger und seine Freunde, die sechs Monate lang den Prozeß verteidigt haben, offenbar weil Herr Erzberger ihr Stolz ist.

Erzbergers Rede.

Als Herr Erzberger das Wort erhielt, betonte er zunächst, daß er gewiß in seiner langen politischen Tätigkeit mandantentlicher gemacht habe, das sei allgemein Menschenlos. Er habe aber immer nur darnach gestrebt, dem deutschen Volke zu dienen. Dabei sei er schon im Jahre 1905 mit Hefferich zusammengefallen, als er während des überseeischen Aufstaus des den Tippelstich-Standard mitenthielt habe. Hefferich war damals im Kolonialamt. Weiter erklärte Erzberger: Als er, besonders auf Wunsch des Reichsmarineamts, 1914 die Propaganda im Auslande organisieren sollte, habe er sich mit dem damaligen Direktor der Deutschen Bank in Verbindung gesetzt, um die Finanzierung dieser Propaganda zu sichern. Sein Vortreten bei der Propaganda sei vor allem gewesen, unter den Katholiken in den neutralen Ländern eine für Deutschland günstige Stimmung herbeizuführen und darin habe er auch glücklich Erfolg gehabt. Das Schlimme sei nur gewesen, er habe seine Propaganda überal verbreitet, daß in Deutschland selbst zwischen der Reichsleitung und der Obersten Seeresleitung während jener Kämpfe ausgetauscht worden seien. Seine Beziehungen zu Wien und zu dem österreichischen Kaiserhaus betreibe er gar nicht; er habe aber auch sie nach Möglichkeit nur zum deutschen Vorteil auszunutzen gesucht. Der Vorwurf, durch Indiskretion über die Friedensaktion des Grafen Gernini im Jahre 1917 der Regierung in den Rücken gefallen zu sein, weise er scharf zurück. Er habe jenen Bericht durch den Reichstagsler selbst erhalten und nur ganz vertraulich den Zentrumsführern mitgeteilt. Er protestiere auch energisch gegen die Unterstellung, daß er die deutschen Interessen bei den Waffenstillstandsverhandlungen preisgegeben und die Handlung ausgeleierte habe. Einbürgerung selbst habe ihm eine Dopejale nachgeschmeckt, in der es u. a. heißt: „Mitte abschließen, selbst wenn keine Milderungen erreicht werden sollten.“ Es ist ebenso falsch, von einer Auslieferung der Handlung zu sprechen. Ich habe sie nur der Entente zur Verfügung gestellt und zwar für Lebensmitteltransporte. Wäre dies nicht geschehen, so hätten wir 1918 keine Lebensmittel mehr gehabt. Für alles fand ich die volle Zustimmung des Kabinetts. Ich rechne es mir als hohes Verdienst an, einen neuen Krieg oder die Fortsetzung des Krieges verhindert zu haben. Was für mich entscheidend war, war die damalige Konferenz der Minister aller Staaten. Dort äußerten sich die Süddeutschen: Wenn wir nicht unterliegen, sind wir eine Regierung geworden. Dann werden neue Regierungen in unseren Ländern gebildet werden und diese einen Sonderfrieden abschließen. Die Einheit Deutschlands mußte aber unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Zu einem Abfall der Rheinlande wäre es auf jeden Fall gekommen. Deshalb war gar nicht zu überlegen, wo der größere Vorteil lag.

Später wendet sich Erzberger zu dem Punkt der Verbindung von Politik und Geld. Er erinnerte an Passermann und Stresemann, die ebenfalls im Wirtschaftswesen tätig waren, und erklärte, daß er Dube und von Bülowen nennen könne. Es solle aber offenbar mit ihm ein Ausnahmeverhältnis geschaffen werden. Er werde später noch näher beantworten, warum er die Stellung im Aufsichtsrat von Thyssen angenommen bezw. beibehalten habe.

Der Präsident erklärte, daß man darauf noch eingehend zurückkommen werde.
Weiter sei es, sagte Erzberger, ganz unrichtig, daß er jetzt ein beträchtliches Vermögen habe. Allerdings sei er auch gar nicht ohne Vermögen nach Berlin gekommen, da seine Frau Vermögen habe. Er führe auch ein bescheidenes Leben, sicher ein bescheidenes als Herr Hefferich. Dieser sei offenbar auf allen möglichen Klatsch hereingefallen.

„Dann bin ich verloren!“ Auf der Spielmann verzweifelnd, riß die Brille herunter und warf sie auf den Tisch. „Ich habe niemals einen Menschen mit etwas anderem betrogen, als mit diesem — was kann das schaden?“

Christensen leate ihm die Hand auf die Schulter.
„Verhüten Sie sich doch, Wederjen, und nehmen Sie Vernunft an. Es will Ihnen keiner etwas Böses tun, aber Sie sind es Anderen schuldig, ihn zu retten. Wir werden schon alles so einrichten, daß Ihnen keine Ungelegenheiten daraus entstehen. Niemand außer mir und Larsen braucht zu erfahren, daß Sie gesehen haben; das heißt, Blomberg muß es natürlich auch wissen, aber der wird wohl schweigen.“

„Also muß ich nicht auf die Polizei?“
„Nein.“
„Und ich behalte meine Erlaubnis zum Spielen?“
„Weder Lars Larsen noch ich können sie Ihnen nehmen. — Und selbst wenn ich es könnte, wollte ichs nicht, denn ich finde, Sie verdienen Ihr Geld lauer genug.“

„Gott sei Dank!“ sagte Wederjen erleichtert. „Sie müssen wissen, ich würde sehr ungern wieder arbeiten. Es ist freilich kein Vergnügen, in den Höfen zu spielen, aber arbeiten ist doch noch schlimmer.“

„Sie haben recht,“ stimmte Christensen bei. „Dem, der als Faulpelz geboren ist, fällt das Arbeiten schwer.“
Wederjen setzte seine Brille wieder auf und wurde ruhiger; ja, er veruchte sogar, etwas von dem verlorenen Ansehen zurückzugewinnen.
„Was ganz ist mein Augenlicht doch nicht,“ sagte er. „Man weiß nie, wann es wieder verschwindet.“

„Sie brauchen sich durchaus nicht zu verteidigen,“ entgegnete Christensen, „es ist menschlich, sich um den Ernst des Lebens zu brüden. Laufend andere tun es auch; warum sollten Sie besser sein? Ihr macht es wie die Schulkinder, die stolz darüber sind, wenn sie den Lehrer hinter die Führen können, weil sie nicht begreifen, daß sie sich selbst damit betrügen. Die bitteren Stunden des Lebens bilden unsern Charakter, machen uns zu Menschen. Ihr, die ihr nur im Sonnenschein fläktern wollt, kommt nie über die Zoologie hinaus.“

(Fortsetzung folgt.)

Später wird Erzberger als Zeuge vereidigt. Er spricht sich über seine Unberührbarkeit bzw. seine Kenntnis verschiedener Bestimmungen aus, die sich gegen Helfferichs Angriffe richten. Erzberger geht sodann ausführlich auf die Momente ein, die ihn zu der sogenannten Friedensresolution geführt hätten, und erklärt, daß diese Maßnahme stets mit politischen Zielen in der Geschichte des deutschen Parlaments einbezogen sein wird. An der Politik könne man nicht eben nach Rücksichtungen gehen, die man sich vorher versprochen habe. Der Reichskanzler hat mich, so fährt der Minister fort, damals aus dem Reichstag aus, so fährt der Minister fort, damals aus dem Reichstag aus, so fährt der Minister fort, damals aus dem Reichstag aus...

Friedensresolution
 geführt hätten, und erklärt, daß diese Maßnahme stets mit politischen Zielen in der Geschichte des deutschen Parlaments einbezogen sein wird. An der Politik könne man nicht eben nach Rücksichtungen gehen, die man sich vorher versprochen habe. Der Reichskanzler hat mich, so fährt der Minister fort, damals aus dem Reichstag aus, so fährt der Minister fort, damals aus dem Reichstag aus...

Ich sehe tatsächlich in dem Angeklagten einen der Mitschuldigen an dem entsetzlichen Ausgang des Krieges. Ich bin auch dafür, daß die Korruption mit Bedenken und Schwere ausgedrückt werden muß. Ich habe oft genug erklärt, daß dies meine Auffassung sei, und da will der Angeklagte behaupten, ich hätte politische Tätigkeit mit Geldinteressen verknüpft. Der Angeklagte will mit der Behauptung auftreten, daß es unzulässig sei, daß Abgeordnete sich in einen Aufsichtsrat wählen lassen dürfen. Ich kenne ein solches Gesetz nicht. Abgeordnete sollen zwar aus dem Wirtschaftskreis entlassen sein, aber nicht als Aufsichtsratsmitglieder. Ich kenne Dampfer, ein halbes Hundert von Abgeordneten, bei denen dies nicht zutrifft. Als der Abgeordnete Erzberger aber in einen Aufsichtsrat gewählt wurde, da wurde schnell ein Ausnahmegesetz geschaffen. Erzberger bekämpft im einzelnen die zahlenmäßigen Ausführungen des Dr. Helfferich über dessen finanzielle Tätigkeit und verteidigt seine Finanzpolitik mit Nachdruck. Was in Weimar in den Wochen nach seinem Entlassen geschaffen worden sei, sei geradezu grundlegend geworden für die gesamte deutsche Steuerpolitik. Gemäß habe er den Angeklagten als den leichtfertigen Minister bezichtigt. Wenn man untersucht, wer die Mitschuld trägt an unserem schließlichen Zusammenbruch, so wird man dem Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich ein vollgerichtetes Maß von Mitschuld auf Grund seiner Stellung gegenüber Belgien zuweisen müssen. Was das englische Friedensangebot betrifft, so habe ich von einem Friedensangebot überhaupt nicht gesprochen. Dieses Wort wurde in einer Pressekonferenz aufgebracht und daran hat sich das Weitere angeknüpft. Ich habe nur von einem Friedensfühler und einer Friedensaktion gesprochen und ein Historiker und Politiker von dem Rufe des Professor Delbrück hat mir darin Recht gegeben, daß im September 1917 noch die Möglichkeit eines guten Friedens vorhanden gewesen wäre, wenn die Regierung eine sinnige Erklärung über Belgien abgegeben hätte. Aber die damalige Regierung hat sich zu einer solchen Erklärung nicht verstanden. Ich sehe der Vereidigung über alle Dinge, die der Angeklagte hier anschneldet, mit vollkommener Ruhe entgegen.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung.
 Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat sich am Sonntag in einer fünfständigen Debatte, die vor Beginn und nach Schluß der Plenarversammlung über das Betriebsrätegesetz stattfand, mit den neuesten innenpolitischen Ereignissen und der Haltung ihrer Regierungsmitglieder befaßt.

Die Kräbe.

Von Alfons Pehold.
 Tausende berenden hilflos wie ein Tier in Fabrik und Stube, sint vom Werk die Hand, in die schwarze Grube, Massengrab genannt.

Alle, die einst lachten, meinen Tag und Nacht, Säuglinge verdrängen, laum zur Welt gebracht. Was die Not als Beute jagte nimmer ein, heißt des Winters Meute in den Tod hinein.
 Ralte schreiet eifern durch der Gassen Meiß'n, schlägt in allen Häusern, Ärt und Fenster ein. Und nicht Holz und Kohle hemmt das weiche Weh, mit geriss'ner Sohle stehen wir im Schnee. Und der Tod köst wieder ein befreund'tes Weib, denn durch uns're Glieder siebert heiß die Peit.
 Hier, wo einst das Lachen und der Tanz gelebt, jetzt des Todes Trüben seine Schwingen hebt. Menschen und nicht Wölfe heulen's Herdennacht, daß Europa heise dieser armen Stadt.
 Schweigt die schwarze Kräbe in dem weichen Schnee, doch in meiner Nähe sehe ich ein Weib. Tuchmach in dem weiten Horizont gitternt; können sich! ich alleiten aus mir ungehemmt.

Der in Röhrlüchel weisende Richter hat dem Bürgermeister von Wien diese erschütternde Weisung mit den Beantworten: Dem Bürgermeister unterer armen Heimatstadt überjendet.

Seine Bescheidigungen werden sich als unmaß erweisen. Meine ganze Politik ist getragen von der Liebe zu unserem armen Volke, von dem Bestreben, ihm hinüberzuhelfen über diese furchtbare Zeit!

Der Vorliegende erklärt nach Schluß der Erwiderung des Nebenklägers, daß er weitere politische Erörterung nicht zulassen werde.
 Zur Einlen-Anglegenheit wird vorweg der Generaldirektor Duisberg von den Eisfelder Fachwerken vernommen. Er bekundet: Bei einer Besprechung mit dem alten Herrn Thissen am 12. Mai 1917 hat dieser gemeint, die deutsche Regierung würde im Falle eines Sieges die Gruben des Rhein-Rodens übernehmen. Ich habe dann, als ich am 18. Mai 1917 mit August Thissen im Hotel Adlon zusammentraf, diesem gesagt, daß nach meinen von der Obersten Seeresleitung einbezogenen Informationen dies nicht richtig sei, sondern daß General Ludendorff nur in Erwägung gezogen habe, einen territorialen Austausch zwischen den Rhein-Gruben und den Kalifeldern im Elsaß stattfinden zu lassen. Darüber war Thissen sehr erköhmt und konnte es nicht glauben. Ich bin dann mit der Obersten Seeresleitung in Verbindung getreten und als ich nach Berlin zurückkam, ließ mich August Thissen auf sein Zimmer bitten und sagte mir, ich hätte recht gehabt, es müsse schleunigst eine starke Propaganda für Bries einsehen. Herr Erzberger, der gerade ins Zimmer trat, entwickelte dann in großen Zügen einen Plan, wie die Propaganda zu machen sei. Thissen erklärte, er habe die Vertreter der Stahlindustrie schon veranlaßt, um die Mittel zur Einsetzung der Propaganda zur Verfügung zu stellen. — Erster Staatsanwalt v. Clauswitz: Hat Herr Erzberger irgendwie etwas davon geredet, die Firma Thissen wolle sich schon während des Krieges das Eigentum an den Gruben übertragen lassen? Zeuge: Nein. — Auf Vorhalt von mehreren Seiten glaubt der Zeuge aussetzen zu können, daß es sich bei dem von Erzberger entwickelten Plan um Propaganda für Annerktionen gehandelt habe. Darauf wird die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat sich am Sonntag in einer fünfständigen Debatte, die vor Beginn und nach Schluß der Plenarversammlung über das Betriebsrätegesetz stattfand, mit den neuesten innenpolitischen Ereignissen und der Haltung ihrer Regierungsmitglieder befaßt. Von den Ministern nahmen das Wort Bauer, Roske, David und Braun. Die Fraktion billigte mit allen gegen drei Stimmen bei einigen Enthaltungen das Programm ihrer in der Regierung sitzenden Genossen. Die Demokratie soll mit allen Mitteln gegen die Diktatur von links gesäubert werden. Es soll aber auf der anderen Seite den Arbeitern gegeben werden, was bei der heutigen Lage des Landes nur irgendwie möglich ist, um die Deutsche Republik über die kommenden schweren Monate hinüberzubringen. Um dieses große Ziel zu erreichen, hat die Fraktion ferner eine fünfgliedrige Kommission eingesetzt, die im Einbernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem preussischen Landwirtschaftsminister die Ernährungsfrage unteruchen und die Mittel erörtern soll, mittels deren die Landwirtschaft zu erhöhter Leistung gebracht werden kann. Die Kommission soll sofort mit ihrer Arbeit

beginnen, damit die deutschen Landwirte noch vor Beginn der Frühjahrbestellung erfahren, wie die kommenden Ernteerträge gewertet werden sollen.

Weingarten, 22. Jan. Heute Donnerstag abends 10 Uhr findet im Gasthaus zum „Bad Hof“ die Fortsetzung der Kurstunde des Genossen Hauptlehrer Meyer statt. Gen. Meyer wird aus der Geschichte der Partei den Auschnitt der Periode des Sozialistengesetzes behandeln. Das interessante Kapitel verdient es, der Jugend und den Kräften in der Partei recht nahe gelegt zu werden. Sie seien deshalb nebst allen anderen Parteigenossen zu zahlreichem Besuch aufgefordert.

I. Bernau, 20. Jan. Am vergangenen Sonntag fand unter großer Beteiligung im Saal des Gasthauses „zum Röhle“ eine gut besuchte Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Als Redner war Genosse Landtagsabgeordneter Müller aus Baden-Baden erschienen. Mit großem Beifall wurde der Vortrag des Gen. Müller aufgenommen. Am Schluß der Versammlung ergriffen die Gen. Kaiser und Kupfer das Wort und forderten die Bernauer Genossen auf, ihren Todmüder Nachbarn mit Gründung eines sozialdemokratischen Vereins nachzufolgen. Die Anregung wurde mit großer Begeisterung aufgenommen; es wurde sofort der Verein gegründet, dem sich sofort 40 Mitglieder angeschlossen.

h. Auenheim, 21. Jan. Der Soz. Verein Auenheim hielt kürzlich seine jährliche Generalversammlung ab, die sehr erfolgreich und besuchter war. Die allgem. Aussprache war sehr reger. Mit besonderer Entrüstung wurden die Vorgänge in Berlin besprochen, die der freien Arbeiterschaft keinen Nutzen, sondern nur Schäden bringen. Es wurde weiter beschlossen, für den kommenden Wahlkampf einen besonderen Wahlkampf zu gründen. Zum 1. Vorliand wurde wieder einstimmig Gen. Koeber, zum 2. Vorliand Gen. Girsch, Gen. Kech als Kassier und Gen. Gönert zum Unterliand, zum Schriftführer Gen. Schneider, zum stellvertretenden Schriftführer Gen. Karl Jakob Seidt, zu Revisoren die Gen. Vaas und Jakob Lutz I. gewählt. Der Jahresberichtsbericht ergab einen sehr erfreulichen Abschluß. Zum Schluß wurden noch verschiedene Punkte der Gemeindepolitik erörtert. Gen. Koeber schloß die gut verlaufene Versammlung mit dem dringenden Appell an alle freidenkenden Arbeiter, nicht müßig zu sein, sondern immer und immer für die Organisation und für unsere Presse zu werben.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden hat sich in der Berichtswache vom 5.—11. Jan. 1918 wieder günstiger gestaltet. Die Zahl der unterfühlenden Erwerbslosen ist wieder von 8552 auf 8278 zurückgegangen. In Bezug auf weibliche Arbeitskräfte kann festgestellt werden, daß seit einigen Tagen eine besondere Nachfrage nach gelernten und ungelerten Arbeiterinnen in der Textil- und Goldindustrie herrscht. Leider konnte, wegen der bestehenden Wohnungsnot in den meisten Bezirken, der Nachfrage nicht immer Rechnung getragen werden. Auch die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften ist in der Berichtswache weiter günstig gewesen. Betriebsbeschränkungen und Schließungen wegen Kohlen- und Materialmangels mußten wieder in einigen Betrieben borgenommen werden, wobei 120 Arbeiter zur Entlassung kamen und weitere 1400 Personen durch die eingeschränkte Arbeitszeit in Mitleidenschaft gezogen wurden. Erwerbslosenunterstützungen wurden im Bereiche der Landesstelle für Arbeitsvermittlung in Baden in der Berichtswache 275 800 M. und in der Vormache 268 928 M. ausbezahlt. Notstandsarbeiten wurden in der Berichtswache von 4 902 Erwerbslosen ausgeführt, denen in der Vormache noch 4 952 gegenüberstehen.

Die Unabhängigen und das Betriebsrätegesetz.

Die einzige wirkliche praktische Leistung der Unabhängigen beim Betriebsrätegesetz ist der von ihnen initiierte Sturm auf den Reichstag. Resultat dieser unabhängigen Tätigkeit: 42 Tote und 105 Verwundete. Da der Sturm nicht gelindert ist, ist den Herren die traurige Tatsache des blutigen Resultats unangenehm. Aus agitatorischen Gründen. Sie mühen sich nun sehr krampfhaft ab, den jugig gewordenen Arbeitern zu erzählen, was alles anlässlich der Unabhängigen getan haben, um ein besseres Betriebsrätegesetz zustande zu bringen. Die „Soz. Republik“ verurteilt das so:

„Fast die ganze Unabhängigen Fraktion hat sich an den Debatte beteiligt. Viele Genossen sprachen drei-, vier- und fünfmal. Die Fraktion hat bei der Beratung dieses Gesetzes eine etwas veränderte Taktik eingeschlagen. Fast zu jedem Paragraphen stellt sie Änderungsanträge, die der Arbeiterschaft zeigen sollen, wie ein revolutionäres Betriebsrätegesetz aussehen müßte...“

„Das Verhalten der Unabhängigen hier im Hause ist ein Präludium aus dem Narrenhaus.“

Geher, Düvel, Braß und Koenen sind losgelassen ohne Hemmungen der Vernunft. Die furchtlichsten Auseinandersetzungen in der Kommission sind der beste Beweis dafür, daß die Mehrheitssozialdemokratie ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Dagegen haben die Unabhängigen ihren Paragrafen, den reinen Lören Laufant, in die Kommission geschickt (Große Heiterkeit). Einen einzigen Antrag hat er gestellt, der war aber auch danach. (Erneute Heiterkeit.) Andere Unabhängige haben vorübergehend Gajstrollen gegeben. Wir haben darüber ein hüßchen Wuch geführt; bei 72 Abstimmungen hat immer einer von den Unabhängigen gefehlt.

(Abg. Geher: Die Durchführung stimmt nicht!) Die Durchführung ist viel fragwürdiger als die, die Sie in Leipzig an dem kommunalen Klassenkampf geführt haben. (Ehrwürdige Heiterkeit und Händeklatschen.) Sie sind die falschen Ritter des Sozialismus, keine Strauchritter. Dr. Geher hat das Gesetz ein Ausnahmengesetz, eine Fälschung genannt. Ebenio hat es der deutsche nationale Abg. Schiele einen Ausfluß der Glühnen, und Winberkeitsübersicht genannt. Wenn die äußerliche Rechte und Linke so miteinander harmonisieren, muß der Weg der richtige sein. Sie können wohl die Arbeiter eine Zeitlang mit Värien beschämen machen, aber sie werden einsehen, daß das Gesetz nicht so schlecht ist, wie Sie es darstellt haben.

Am Bergbau hatten wir Betriebsräte, in denen die Unabhängigen die Skappe so weit aufrißen, daß der Redner macht eine aussehende Gestalt, wie eine gewisse Dame dieses Hauses. Dieses Gesetz fordert nicht alle Arbeiter und Arbeiterinnen; sondern zäh, gewissenhafte Arbeiter, Olyerer, Kameraden, die für die Interessen ihrer Kollegen sich einsetzen. Warum wird es eine große Niederlage für die Unabhängigen bedürten, weil sie die Leute mit großer Ausdauer nicht haben sehen Sie (nach rechts) sich lieber dort drüben hin, Sie ziehen

ja doch an einem Strang mit den Unabhängigen, weil Sie wissen, daß

nach der Rätebittatur die Reaktion kommt. In der Kommission wurde die Zahl der Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben, für die ein Mann zu wählen ist, von 5 auf 10 erhöht und zwar mit 13 gegen 12 Stimmen. Diese Verschlechterung ist in das Gesetz gekommen, weil einer von den Unabhängigen geschlafen hat. Am dritten Weihnachtsfeiertag hat auf der Konferenz der Betriebsräte des Ruhrbezuges einer ihrer Freunde, Kamerad Nolemann, den Antrag gestellt, die beiden sozialdemokratischen Fraktionen sollten gegen das Gesetz stimmen. Mit 55 gegen 14 Stimmen haben die Vertreter der Berleute sich gegen den unabhängigen Antrag ausgesprochen und uns eruchtet, für dieses Gesetz zu stimmen. Möge der Reichswirtschaftsrat ein Diktator werden vom Zuschnitt unieres Koske. Wir wollen nicht eine Diktatur der Demagogen und Mutznießer, sondern bereit, die das Leben des deutschen Volkes erhalten, eine Diktatur der Demokratie, eine Diktatur unter Kontrolle des Volkes, nicht eine Diktatur Obenbunrg-Januschans und Dr. Geher's. Der Gedanke der Solidarität, der Aufopferung ist heute verblüffert und verrotet. Bei den allermeisten ist

die Bestie des Jäh erwacht — eine Folge des Krieges. Glauben Sie denn aber, daß wir von heute auf morgen diese Menschen in den sozialistischen Produktionsstaat hineinsetzen können? Am Vormittag des 10. November 1918 ist Ihnen (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) angeboten worden, die Regierung allein zu übernehmen. Die Mehrheitssozialdemokratie hat Sie der totalen Unterstützung verweigert. Sie haben abgelehnt, weil inzwischen der Waffenstillstand abgeschlossen war und Ihnen die Verantwortung zu groß schien. Als Sie gegen die Wahlen zur Nationalversammlung protestierten, haben Geher und Scheidemann Ihnen die politische Macht wieder vergeblich angeboten. Wir müßten das Kreuz der Verantwortung auf uns nehmen. In der ersten Fraktionsführung in Weimar haben wir Ihnen angeboten, mit uns die Regierung zu übernehmen. Um den Bürgerkrieg zu vermeiden, wären sicherlich beide bürgerliche Mehrheitsparteien einverstanden gewesen. Gohlnschelnd haben Sie das Angebot zurückgewiesen. Sie haben gehent, geschimpft und getobt im Bunde mit der Rechten, um die Koalition zu erschüttern. Wenn die Sozialdemokratie austritt, ist die Koalition gesprengt; denn eine Regierung mit Einidlung der Rechten bedeutet den Bürgerkrieg. Leidensmüller hat gesagt, der Weg zur Rätebittatur werde über Millionen Hungerleiden des deutschen Volkes gehen. Deshalb glauben wir, als getreuer Eckart der deutschen Arbeiter, gegen diesen Vahnwitz, gegen diesen Himmel und zur Wehre setzen zu müssen. Bei der gegenwärtigen furchtbaren Wirtschaftslage treiben Sie die Arbeiter ein, über das andere mal zum Generalkrieg. Um Ihre warme Parteiluppe weiterzuführen zu können, propagieren Sie seit zwei Monaten die Selbstmordensicht. Ohne Lösung der Wohnungsfrage und Durchführung der dazu nötigen technischen Einrichtungen sein. Dieser Vahnwitz machen wir nicht mit. Weil wir diesen Zusammenbruch nicht wollen, stimmen wir dem Gesetz zu. Nicht den Sozialismus zu verankern, sondern der Wirtschaft zu dienen, ist der Zweck des Gesetzes. Die Freiheit des einzelnen hört auf, die Lebensrechte der Gesamtheit beginnen. Dies Gesetz wird eine Großtat der Menschheitsgeschichte sein, wie die Sklavenbefreiung nach dem amerikanischen Bürgerkrieg, wo die ganze Welt aufjubelte.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaftskonferenz verfaßt.

Die auf Freitag, 23. Januar, nach Karlsruhe einberufene badische Gewerkschaftskonferenz mußte umständlicher auf Dienstag, den 27. Januar verfaßt werden. Die Konferenz beginnt nachm. 2 Uhr in der Restauration zum „Auerhahn“, Schützenstraße.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Aussichten der Brotverfertigung.

Die obige Thema schreibt der „Badische Staatsanzeiger“ daß sich erst in zwei bis drei Wochen mit Sicherheit beurteilen läßt, ob und in welchem Umfange die einseitigen Ablieferungen den auf die getriebenen Mägen entfallenden Kosten, die die letzten Lieferungen an Mehl und Roggenmehl betreffen, die den Mehl- und Roggenmehlbesitzern nicht als Dauerzustand beschreiben, da nach den nachstehenden Nachrichten anzunehmen ist, daß etwa noch die Hälfte der Mehl- und Roggenmehlbesitzer das richtige Mittel hat, Schimmelpilzmittel neben Einfuhr von Auslandsmehl der Ausmahlung herbeizuführen und eine Verbesserung der Produktion in Erwägung gezogen werden. Das n. G. die höchste Preisbildung veranlassen würde, von der Auslieferung zu verlangen, daß sie gegen rentable Landwirte an deren Maßnahmen in Erwägung zieht.

Aus dem Lande.

- **Wiesbaden, 21. Jan.** Der Landwirt für heute in Wiesbaden beim Besuch von Pommern Sprengstoff. Dabei kam ein Bomben in die Luft und verletzten den Mann schwer an einer Hand und im Gesicht.
- **Wiesbaden, 21. Jan.** In Wiesbaden wurde ein Aufstand an der Spitze von Pommern Reich beschreiben sollte. Die Teilnehmer wurden verhaftet und nach Erzingen gebracht. Es handelte sich um drei Männer und eines Kindes beschuldigt worden.
- **Wiesbaden, 21. Jan.** Bei der Pommernfeier wurde ein Aufstand an der Spitze von Pommern Reich beschreiben sollte. Die Teilnehmer wurden verhaftet und nach Erzingen gebracht. Es handelte sich um drei Männer und eines Kindes beschuldigt worden.
- **Wiesbaden, 21. Jan.** Bei der Pommernfeier wurde ein Aufstand an der Spitze von Pommern Reich beschreiben sollte. Die Teilnehmer wurden verhaftet und nach Erzingen gebracht. Es handelte sich um drei Männer und eines Kindes beschuldigt worden.

Zur Volksfrage.

Die Volksfrage ist in der Tat eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit. Sie ist die Frage nach dem Wohle des Volkes, nach der Gerechtigkeit und nach der Freiheit. Sie ist die Frage nach dem Recht und nach der Ordnung. Sie ist die Frage nach dem Leben und nach der Zukunft. Sie ist die Frage nach dem Frieden und nach der Harmonie. Sie ist die Frage nach dem Glück und nach der Seligkeit. Sie ist die Frage nach dem Heil und nach der Erlösung. Sie ist die Frage nach dem Licht und nach der Wahrheit. Sie ist die Frage nach dem Leben und nach der Zukunft. Sie ist die Frage nach dem Frieden und nach der Harmonie. Sie ist die Frage nach dem Glück und nach der Seligkeit. Sie ist die Frage nach dem Heil und nach der Erlösung. Sie ist die Frage nach dem Licht und nach der Wahrheit.

gewonnen werden. Auch ein geringer Prozentsatz Silber soll sich in den Grammatiken befinden. Nach der gleichen Quelle sollen noch einige Dutzende erstellt werden.

• **Wiesbaden, 21. Jan.** Von dem Hochwasser, von dem fast die ganze Stadt heimgesucht worden ist, kann man sich einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß am Sonntag bei einem sehr regen Fremdenverkehr große Schiffe mit 60 bis 70 Personen durch die Straßen und Gassen fuhr. Außerdem waren sehr viele kleine Schiffe und zahlreiche Räder zu sehen und die Jugend fuhr in Kutschen, Rodmühlen und Wagemännern auf dem Wasser herum. Auch die Lebensmittelversorgung soll sich ganz auf dem Wasserwege. Das Wasser geht nur langsam ab.

• **Wiesbaden, 21. Jan.** Die Bezirksbaukontrollen. Die Bezirksbaukontrollen sind in der Stadt Wiesbaden in der Weise eingerichtet, daß die Bauherren die Bauarbeiten selbst überwachen können. Die Bauherren sind verpflichtet, die Bauarbeiten in der Weise auszuführen, daß die Bauwerke den Anforderungen der Bauordnung entsprechen. Die Bauherren sind verpflichtet, die Bauarbeiten in der Weise auszuführen, daß die Bauwerke den Anforderungen der Bauordnung entsprechen.

• **Wiesbaden, 21. Jan.** Die Bezirksbaukontrollen. Die Bezirksbaukontrollen sind in der Stadt Wiesbaden in der Weise eingerichtet, daß die Bauherren die Bauarbeiten selbst überwachen können. Die Bauherren sind verpflichtet, die Bauarbeiten in der Weise auszuführen, daß die Bauwerke den Anforderungen der Bauordnung entsprechen.

• **Wiesbaden, 21. Jan.** Die Bezirksbaukontrollen. Die Bezirksbaukontrollen sind in der Stadt Wiesbaden in der Weise eingerichtet, daß die Bauherren die Bauarbeiten selbst überwachen können. Die Bauherren sind verpflichtet, die Bauarbeiten in der Weise auszuführen, daß die Bauwerke den Anforderungen der Bauordnung entsprechen.

Jugend und Sport.

• **Wiesbaden, 21. Jan.** Die Bezirksbaukontrollen. Die Bezirksbaukontrollen sind in der Stadt Wiesbaden in der Weise eingerichtet, daß die Bauherren die Bauarbeiten selbst überwachen können. Die Bauherren sind verpflichtet, die Bauarbeiten in der Weise auszuführen, daß die Bauwerke den Anforderungen der Bauordnung entsprechen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

• **Wiesbaden, 21. Jan.** Die Bezirksbaukontrollen. Die Bezirksbaukontrollen sind in der Stadt Wiesbaden in der Weise eingerichtet, daß die Bauherren die Bauarbeiten selbst überwachen können. Die Bauherren sind verpflichtet, die Bauarbeiten in der Weise auszuführen, daß die Bauwerke den Anforderungen der Bauordnung entsprechen.

Aus der Stadt.

Die Parteivertrauensmänner

Die Parteivertrauensmänner sind in der Stadt Wiesbaden in der Weise eingerichtet, daß die Parteimitglieder die Parteiarbeiten selbst überwachen können. Die Parteimitglieder sind verpflichtet, die Parteiarbeiten in der Weise auszuführen, daß die Parteivertrauensmänner den Anforderungen der Parteiverordnung entsprechen.

Die Schließung der Nebenbetriebe in Hotels und Gastwirtschaften.

Die Schließung der Nebenbetriebe in Hotels und Gastwirtschaften ist in der Stadt Wiesbaden in der Weise eingerichtet, daß die Hotelbesitzer die Nebenbetriebe selbst überwachen können. Die Hotelbesitzer sind verpflichtet, die Nebenbetriebe in der Weise auszuführen, daß die Nebenbetriebe den Anforderungen der Nebenbetriebeverordnung entsprechen.

Am Kohlenland.

Am Kohlenland sind in der Stadt Wiesbaden in der Weise eingerichtet, daß die Kohlenhändler die Kohlenarbeiten selbst überwachen können. Die Kohlenhändler sind verpflichtet, die Kohlenarbeiten in der Weise auszuführen, daß die Kohlenarbeiten den Anforderungen der Kohlenarbeitenverordnung entsprechen.

Einige weitere Nachrichten aus der Stadt Wiesbaden, darunter Berichte über lokale Ereignisse und Veranstaltungen.

Winterfeier der Arbeiter-Jugend.

Eine große Anziehungskraft und Beliebtheit übten stets die festlichen Veranstaltungen der Arbeiterjugend aus. Auf nächsten Sonntag, nachm. 8 Uhr, ladet der Verein Arbeiterjugend die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Eltern sowie Freunde und Gönner der freien Jugendbewegung zu einer Winterfeier ein.

Folgen der Freigabe des Wildes.

Bekanntlich wurde dieses Jahr von der öffentlichen Bewirtschaftung des Wildes Abstand genommen und sämtliches Wild freigegeben. Die Folge sofortigen Ansehens der Wildpret-preise und auch der Jagdpächten. So wurde dieser Tage die Jagd in Gauenbach (Murgtal) versteigert, für die zuletzt 1200 M. bezahlt wurden.

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr Zusammenkunft im Lokal „Gambiriuskaffee“. Der vorgesehene Vortrag von Herrn Dr. Müller wird um acht Tage verschoben und findet erst am 29. Januar statt. Heute abend findet die letzte Aussprache über die Winterfeier am nächsten Sonntag statt, es sind noch verschiedene Vorbereitungen zu treffen, die Arbeiten einzuteilen. Außerdem werden heute abend die Programme an die Mitglieder ausgeben. Der Eintritt beträgt für jedes Mitglied 50 Pf., ebenso zahlen auch die Angehörigen der Mitglieder nur 50 Pf.; des weiteren wird das Programm für die Monate Februar und März besprochen.

Morgen Freitag Bibliothekabend! Die umfangreiche Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins ist morgen geöffnet. Die Bücherausgabe findet von 16-18 Uhr in der Volkshandlung, Adlerstraße 16, statt. Benutzt fleißig die Bibliothek, denn: Wissen ist Macht!

Frauenversammlung. Wir bewilligen hiermit nochmals auf die heute abend 7 Uhr in der „Goldenen Krone“ stattfindende Frauenversammlung, in der Frau Landtagsabgeordnete Fischer über „Die Stellung der Frau im Leben der Arbeiter“ sprechen wird. Wir eruchen die Genossinnen, zu diesem äußerst interessanten Vortrag sich zahlreich einzufinden. Auch die Genossen sind zum Besuche der Versammlung eingeladen.

Städtische Sinfoniekonzerte. In dem nächsten Samstag, 24. ds. Mts., in der Festhalle stattfindenden Konzert des Landesoperorchesters gelangen Mendelssohns schönstes Instrumentalwerk, keine Sommernachtsstraummusik, die Quartette aus Turandot von Weber (von Benno Dörmann gesungen) und Schuberts lange nicht gehörte, prächtige Cdur-Sinfonie zur Aufführung. Das Konzert berichtet somit einen erlesenen Ausflugs.

Die Arbeiterkassen von Karlsruhe und Umgegend werden ersucht, heute Donnerstag abend 7 Uhr im „Auerhahn“, Schützenstraße, zusammenzutreffen zwecks Rücksprache über die gegenwärtige Lage.

Neue Höchstpreise für Seife und Seifenpulver. Die jetzt gültigen Höchstpreise für Seife und Seifenpulver sind mit einer Bekanntmachung vom 21. Juni 1917 festgesetzt und seitdem im wesentlichen unverändert geblieben. In Anbetracht der jetzigen Verhältnisse mußte nunmehr, wie die „R. V. N.“ von zuständigen Stellen erfahren, dem Reichswirtschaftsministerium eine Erhöhung angeordnet werden. Zugleich mit dieser Preis-erhöhung sind zum Schutze der Verbraucher Strafbestimmungen erlassen worden. Sie richten sich gegen Personen, welche die auf der Seife und den Seifenpulver-Packungen ausgezeichneten,

vom Ueberwachungsamt der Seifenindustrie festgesetzten Preise ändern oder unfernlich machen.

Landestheater. Als nächstes klassisches Werk bringt der Spielplan am Samstag, den 24. ds. Mts., eine Neuinszenierung von Grillparzers fünfaktigen Trauerspiel „Sappho“, unter der Regie des Herrn Schönfeld mit Frau Ermah in der Titelrolle.

Das Kolosseum wartet seit 16. ds. Mts. mit einem neuen Variétéprogramm auf, das wiederum großen Anklang findet. Das Programm bringt viel Humoristisches und die heitere Laune kommt voll auf ihre Rechnung. Der erste Teil bringt hauptsächlich akrobatische Vorführungen. Die Goulibuffen Ströbel und Mertens sind prolongiert, was kein Fehler ist, denn sie sind wirklich erstklassig. Neu sind engagiert Jos. Richards, Grottel-Gastler, Lederer und Partnerin Kankäntler, Gherny, Missionist und George und Charlie, humor. Parler. Alles gute Nummern. Der zweite Teil bringt athletisch-akrobatische Spiele der Schwedern Ender und dann die unergleichen Daveny-Pendler-Franz und Toni Gebert. Gebert stellt einen oberbayerischen Bauern auf die Bühne, wie wir ihn in dieser Vollenbung noch nicht gesehen haben. Losender Beifall fordert ihn vier- und fünfmal heraus. Jane und Moran geben mit ihren musikalischen Neukosten dem Programm einen heiteren Abschluß. Wer lachen will, gehe ins Kolosseum!

Wegen Schließens mit Fleiß wurden, wie der Polizeibericht vom 22. Januar berichtet, bestraft: Der Wirt Wilhelm Padua aus Unterriesheim mit 4 Wochen Gefängnis und 800 Mark Geldstrafe, der Metzger August Ödner aus Oberriesheim mit 3 Wochen Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe, der Metzger Friedrich Nieß aus Bruchsal mit 2 Wochen Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe, der Metzger Albert Dörmann aus Lauf mit 1 Woche Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe.

Veranstaltungen. Vortragsschluß Schönfeld. Der nächste dramatische Vortrag findet am Dienstag den 27. ds. Mts. im Rathhaussaal statt und bringt das mythologische Drama „Merlin“ von Karl Immermann. Die geschäftliche Leitung liegt in den Händen der Musikalienhandlung Fr. Müller, Kaiserstr., Ecke Waldstr., Telefon 398. Für Gewerkschaftsmitglieder sind Karten zum ermäßigten Preise von 1,10 M. in der Expedition des „Volkstums“ erhältlich.

Städtische Sinfoniekonzerte. In dem nächsten Samstag, 24. ds. Mts., in der Festhalle stattfindenden Konzert des Landesoperorchesters gelangen Mendelssohns schönstes Instrumentalwerk, keine Sommernachtsstraummusik, die Quartette aus Turandot von Weber (von Benno Dörmann gesungen) und Schuberts lange nicht gehörte, prächtige Cdur-Sinfonie zur Aufführung. Das Konzert berichtet somit einen erlesenen Ausflugs.

Städtische Sinfoniekonzerte in der Festhalle. Bannfleisch die letzten Konzerte trotz reicher Vortragsfolge schwach besucht waren, hat die Stadtgemeinde die Absicht, die Konzerte vorerst fortzusetzen in der sicheren Erwartung, daß die Bevölkerung von dieser neuen, gewiß begrüßenswerten Einrichtung für verhältnismäßig billiges Entgelt gute künstlerische Genüsse entgegenzunehmen, doch noch ausgiebigeren Gebrauch macht. So ist für nächsten Sonntag ein Sinfoniekonzert vorgesehen, bei dem in freundlicher Weise mitwirken werden: Fr. v. Millinkovic, Opernsängerin, Herr Karl Seddel, Opernsänger, Frau Olga Leger-Mertens, Herr Direktor Norden und Herr Kapellmeister Walter Rapp. Der orchestrale Teil der Vortragsordnung wird von dem Musikverein „Harmonie“ ausgeführt werden. Die Eintrittspreise sind die gleichen wie früher. Es wäre zu wünschen, daß auch die billigeren Plätze besser besetzt würden. Vorverkauf der Eintrittskarten in der Musikalienhandlung Fr. Doert und Fr. Müller ab 22. ds. Mts. (Näheres im Angehehnt.)

Die Schillerfeier kommen! Direktor Kieser hat das weltbekannte Schillerfest Bauertheater zu einem Volksspiel ins Kolosseum verfrachtet. Die Schillerfeier postierten in Karlsruhe zuletzt 1908 im Hoftheater und waren seitdem nicht mehr bei uns. Da inzwischen viele Bauertruppen gegründet wurden, sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um die Originaltruppe handelt, die 1892 von Direktor Konrad Dreher gegründet wurde und nun seit mehreren Jahren unter Leitung des Direktors Haber Terokal steht, der sich als Meister dauerlichen Humors einen Weltruf erworben hat. Die Schillerfeier feierten vor 8 Jahren ihr 25jähriges Jubiläum. Da die Truppe seit 12 Jahren nicht mehr in Karlsruhe war, wird das Volkspiel wohl Interesse erwecken.

In seinem Beethoven-Sonaten-Abend am Samstag, den 24. ds. Mts., im Konservatoriumssaal wird Ludwig van Beethoven fünf von ihm in hiesiger Stadt noch nicht gespielte Werke des Meisters, darunter die „Appassionata“ und die letzte Klavier-Sonate c-moll op. 111, zu Gehör bringen. Eintrittskarten in der Musikalienhandlung Fr. Doert, Ritterstraße.

Rechte Nachrichten. Verurteilter Landesverräter.

Leipzig, 21. Jan. In dem Prozeß gegen den Weidenführer Barth wurde heute vom Reichsgericht das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde wegen verübten Landesverrats und verübter Anstiftung zum Briefschmuggel zu drei Jahren Festungshaft und zum Verluste seiner Partei verurteilt. In der eingehenden Urteilsbegründung gab der Präsident eine Darstellung von der Bewegung der Kaufleute Wenden.

Verurteilter Soldatenratsvorsitzender. Halle, 21. Jan. In dem Prozeß gegen den ehemaligen Bevollmächtigten des Halleischen Soldatenrates Leutnant b. R. Friedrich Herckmann wurde heute vormittag nach 14stündiger Verhandlung das Urteil gefällt. Es lautet wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt, Unterschlagung in Lateinheit mit Mäßigung eines Untergebenen, Freiheitsberaubung und Bildung eines bewaffneten Haufens in Lateinheit mit Ungehorsam auf 5 Jahre Gefängnis und Dienstentlassung, 6 Monate der Untersuchungshaft werden als verbüßt in Anrechnung gebracht.

Gefahren infolge der Betriebseinstellungen. Hamburg, 21. Jan. Die Hamburger Gewerksamter hat beim Reichsfinanzamt einen scharfen Protest wegen der Streckensperre eingelegt, da die Gas- und Elektrizitätswerke sofort den Betrieb einstellen und Zehntausende von Arbeitern entlassen werden müssen. Bei der bestehenden Gärung seien Unruhen schlimmerer Art zu befürchten. Bei der Industrie, Handwerk und Arbeiterschaft und der ganzen Bevölkerung erzeuge diese Behandlung von Hamburg den größten Unwillen.

Betriebseinstellung wegen Kohlemangel. Berlin, 22. Jan. Laut „Berliner Tageblatt“ sind bei den Hamburger Großwerften und anderen Industrien wegen Kohlemangels bedeutende Entlassungen an Arbeitern gemeldet worden.

Vom italienischen Eisenbahnerstreik. Mailand, 22. Jan. Die Wälder bestätigen, daß der Eisenbahnerstreik wenigstens teilweise abgeklungen werden konnte durch die Errichtung eines reduzierten Dienstes auf allen Linien. Die Büge werden von Maschinenabwehrteilungen bewacht. Es wurden strengste Befehle erteilt, um Unruhen wegen der Arbeitswilligen zu verhindern. Nach dem „Secolo“ ist der Streik in Bologna allgemein. Auch in Genua und Turin hat die Arbeitsniederlegung großen Umfang angenommen, beinahe 90 Prozent.

Amerika gibt Geld für Oesterreich. Wien, 22. Jan. Bei der ersten Lesung der Vorlage betr. die großen Vermögensgaben erklärte der Staatssekretär für Finanzen Dr. Reich in der Nationalversammlung, es habe von den Vertretern des Reiches der Vereinigten Staaten die Mitteilung erhalten, daß der Schatzsekretär dem Kongreß eine Vorlage unterbreite habe über eine Anleihe von 70 Millionen Dollar für Oesterreich.

Kämpfe in Asien. London, 21. Jan. Die ausländischen Truppen in Kaukasien haben Derbent angegriffen, wurden aber zurückgeschlagen. Die kaukasische Armee hält die Linie, die die Eisenbahn zwischen Baku und Kars kreuzt. Durch das Hochwasser der Flüsse würden viele Brücken weggerissen. Die Verbände der Kolonialisten, den Don zu überschreiten, glücken nur südlich von Vorkhnevan (?), wo es einer kleinen Abteilung gelang, sich auf dem linken Ufer festzusetzen. Wie weiter gemeldet wird, sind die nach dem Schwarzsee Meere entwandten englischen Kriegsschiffe dazu bestimmt, die durch den Vormarsch der Bolschewisten bedrohten englischen Untertanen und die englischen Interessen zu schützen. Gleiche Maßnahmen werden in Madagaskar ergriffen.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Post, Ausland, Aus der Stadt und Rechte Nachrichten Hermann Kadel; für Redaktionelle Beiträge Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luitpoldstraße 24.

Vereinsanzeigen. Karlsruhe. (Arb.-Gesangverein „Einigkeit“) Freitag, 23. Jan. 18 Uhr Singstunde im Lokal. Volkshandlung und pünktliches Erscheinen aller Sänger dringend notwendig, da neue Ehre zu unserem Frühjahrskonzert einstudiert werden.

Der Vorstand. Karlsruhe. Die Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse und der Unterstufungs-Vereinigung werden auf Montag, 23. Jan., abends 7 Uhr, zu einer wichtigen Versprechung in den zweiten Stock des „Volkstums“ eingeladen.

1838 Karlsruhe. (Vorwärts-Sänger.) Freitag 7 Uhr „Luisenhalle“ zwecks Geburtstagsfeier. 1894

Wasserstand des Rheins. Schusterinsel 225, gef. 13; Rehl 324, gef. 13; Mainz 555, gef. 21; Mannheim 572, gef. 27 Zentimeter.

Städtische Festhalle Karlsruhe. Sonntag, den 25. Januar 1920 nachmittags 4 Uhr. Künstler-Konzert. Ausführende: Musik-Verein Harmonie (Leitung: Herr Hugo Radolph), Frau Olga Leger-Mertens, Opernsängerin, Herr Karl Seddel, Opernsänger, Herr Otto Hans Norden, Direktor, Frau Olga Leger-Mertens, Solotänzerin, Herr Walter Rapp, Kapellmeister (Klavier).

Dr. Detter's Tee. Nach Art des in China üblichen Verfahrens aus deutschen Blättern hergestellt und ein vorzüglicher Tee-Ersatz u. Tee-Zusatz. Er schmeckt ähnlich wie chinesischer Tee!

Badisches Landestheater. Donnerstag, den 22. Januar 1920. Helden. Komödie in drei Akten von Bernhard Shaw. Anfang 7 Uhr. Festhalle Karlsruhe. Samstag, den 24. Januar 1920: Volkstümlich. Sinfoniekonzert des Opernorchesters des Bad. Landestheaters. Solist: Benno Ziegler, Leitung Alfred Lorenz.

Den Dienst des Bezirksbaukontrollleure für die Landgemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe beiz. Für die Landgemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe ist durch das Arbeitsministerium und das Ministerium des Innern ein staatlicher Bezirksbaukontrollleur mit dem Dienstsitz in Karlsruhe bestellt und auf diese Stelle der staatliche Bezirksbaukontrollleur August Scherer in Willingen verlegt werden. Der Genannte hat seinen Dienst angetreten. Auf den Zeitpunkt der Veranlassung der Stelle tritt für den Bezirk Karlsruhe-Land die Baugebührenordnung vom 19. Dezember 1910 (S. u. R. St. Seite 800) in Kraft. Karlsruhe, den 16. Januar 1920. C. v. 19. Bezirksamt II.

Platin, Gold u. Silber aller Art zahlt immer nach dem äußersten Preis Wilde, Kreuzstraße 16. 1942

